

# DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt am Main 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 54, 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 18. März 1949.

Seite 1

Heute lesen Sie:

## Aus der Union

Am 21. März tritt der Landesvorstand der CDU Rheinland-Pfalz mit dem Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion und den Vertretern des Parlamentarischen Rates von Rheinland-Pfalz zu einer gemeinsamen Sitzung in Bingen zusammen. Die Tagesordnung beschäftigt sich neben politischen Fragen mit den Vorbereitungen der kommenden Bundeswahl.

## Aus den Parteien

In Kassel sind Bestrebungen im Gange, den "Deutschen Block", dessen Genehmigung von der Militärregierung nicht verlängert wurde, und die "Nationaldemokratische Partei" zu einem neuen Parteigebilde zu verschmelzen. An den Fusionsbestrebungen ist vor allem der Leiter des Deutschen Blocks, Wolfgang Leck, beteiligt.

## Ostzone

Der Gründer des östlich orientierten Arbeitskreises der CDU, Rechtsanwalt Dr. Brandt, der vor Jahresfrist aus der Berliner CDU ausgeschlossen worden war, wurde durch Max Fechner (SED) als Vizepräsident in die Justizverwaltung der Ostzone berufen. Die SMA hat diese Berufung zum 1. April bestätigt.

## Kommunalpolitik

Am 29. März tritt der Landesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Landes Rheinland-Pfalz zu einer Arbeitstagung in Bacharach zusammen. Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Bitter, Recklinghausen, wird an dieser Arbeitstagung teilnehmen.

## Grenzlandfragen

Auf einer Sitzung des Westausschusses der CDU Nordrhein-Westfalens sprachen die CDU-Abgeordneten der Grenzlandkreise ihre Enttäuschung aus über die Aufnahme, die die europäisch orientierte und darum in der Grenzlandfrage zurückhaltende Politik der Landesregierung durch die Benelux-Länder gefunden hat.

## Innenpolitik

In einem Schreiben des Vorsitzenden der SPD an die Jungsozialisten von Rheinland-Pfalz erklärte Dr. Schumacher, daß die große Auseinandersetzung über die Priorität in der Politik zwischen der CDU und der SPD begonnen habe und bei den Wahlen zum Westdeutschen Bundesparlament ihren ersten Höhepunkt finden werde.

## Deutsche Union - Faschismus der Mitte

=====

Die Vorgänge um die "Deutsche Union" haben im Ausland von Anfang an stärkste Beachtung gefunden. In einer Ausgabe vom 1. März setzt sich der "Manchester Guardian" unter der Überschrift "Deutsche Union" erneut mit der sogenannten Sammlungsbewegung und ihrer Zielsetzung auseinander. Das Blatt schreibt u. a.:

"... Die Deutsche Union mag respektable Absichten haben, aber die Atmosphäre ihrer Entstehung ist die gleiche, die auch den Nationalsozialismus hervorgebracht hat. Da ist der gleiche unbestimmte Wunsch nach "demokratischer Revolution" in Kombination mit einem sorgfältig ungenauen Programm. Da ist die gleiche Messias-Mentalität und die Besessenheit von der "Aktion". Da ist der gleiche Glaube, daß die Parteien und die Parteifunktionäre zwischen dem Volk und der Verwirklichung seines Willens stehen. Die Deutsche Union mit den Nationalsozialisten zu vergleichen, hieße Zwerge mit Riesen vergleichen. Aber die Nationalsozialisten waren ebenso wie die Union zuerst eine Kette kleiner Gruppen von Unzufriedenen. Kein Mensch nahm sie Anfang als ernst zu nehmende Rivalen für die etablierten Parteien."

## Kesseltreiben gegen Prof. Dr. Erhard

=====

Wären wir Parteifanatiker, wir hätten Verständnis dafür, wie sehr Professor Erhard und der Erfolg seiner Wirtschaftspolitik den gegnerischen Parteien auf die Nerven fallen. Da wir es nicht sind, stehen wir erstaunt und erschüttert vor dem Übermaß an Unsachlichkeit, das insbesondere die Sozialdemokraten dem zur Zeit ohne Zweifel besten Wirtschaftspolitiker Deutschlands entgegenbringen. Im Herbst, als man Professor Erhard gewissermaßen einen Vorwurf daraus machte, daß er nicht in drei bis vier Monaten die Schäden einer fünfzehnjährigen Mißwirtschaft beheben konnte, hatten die Sozialdemokraten angesichts der steigenden Preise immerhin noch den Schatten guten Glaubens für sich. Heute aber, da Erhards Wirtschaftspolitik ihre Früchte trägt, und auch der einfachste Mensch am eigenen Leibe die stete Besserung seiner Lebensbedingungen spürt, kann die Sozialdemokratie in ihrem blinden Fanatismus diesen guten Glauben nicht mehr für sich Anspruch nehmen, insonderheit deshalb nicht, weil sie sich nun auf das Gebiet persönlicher Verdächtigungen und Anwürfe begibt.

In dem von Sozialdemokraten geleiteten und herausgegeben Berliner "Telegraph" finden wir eine Notiz unter der Überschrift "Erhard Mitglied der CDU", die an Infamie und Böswilligkeit alles übertrifft, was wir bisher im Kampf der Sozialdemokraten gegen Professor Erhard fanden. Wir bringen die Notiz im Wortlaut:

"Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Erhard, ist der CDU beigetreten, wurde durch den Vorsitzenden der hessischen CDU, Finanzminister Dr. Hilpert, bekanntgegeben. Prof. Erhard hatte bisher in allen seinen Reden versichert, daß er keiner Partei angehöre und die Interessen der Arbeitnehmer genau so wie die der Arbeitgeber vertrete. Vor zwei Jahren hatte Erhard sogar die Absicht geäußert, in die SPD einzutreten. In seiner nunmehr einjährigen Tätigkeit als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft scheint er indes eine politische Metamorphose durchgemacht zu haben, die es ihm geraten erscheinen ließ, sich nun auch offiziell der christlich-demokratischen Unternehmerpartei anzuschließen. Der Nachweis, daß er die Interessen der werktätigen Bevölkerung mit der gleichen Sorgfalt und Liebe wie die der Unternehmer vertrete, war ihm bisher schon schwer gefallen; er wird ihm künftig kaum noch gelingen."

Dazu ist zu sagen: Minister Dr. Hilpert hat niemals mitgeteilt, Erhard sei Mitglied der CDU geworden. Zwar würden wir uns freuen, wenn es so wäre, aber wir sind nicht so engstirnig wie die SPD, die alles nach der Parteizugehörigkeit eines Menschen beurteilt. Die Behauptung, Professor Erhard habe vor zwei Jahren die Absicht geäußert, der SPD beizutreten, ist für jeden, der den Direktor für Wirtschaft kennt, derart lächerlich, daß sich ein Eingehen auf diese Ente nicht lohnt. Die neuerliche Apostrophierung der CDU als Unternehmernpartei steht auf dem gleichen Niveau, und wir können uns darauf beschränken, diese sozialdemokratische Phrase entsprechend niedriger zu hängen.

Wir stellen fest: Der Erfolg der Wirtschaftspolitik Professor Erhards ist so unwiderleglich, daß sich die SPD aus dem sachlichen Kampf in die Sphäre der persönlichen Verunglimpfung flüchten muß, um überhaupt noch etwas sagen zu können. Dieser blinde Eifer läßt berechnete Zweifel aufkommen, inwieweit eine solche Partei überhaupt noch als qualifiziert angesehen werden kann, in ihrer Beteiligung am Aufbau einer echten Demokratie ernst genommen zu werden.

### Für das Recht der freien Gewissensentscheidung

=====

Der Katholiken-Ausschuß von Koblenz veranstaltete am 15. März unter Anwesenheit von Ministerpräsident Altmeier, Minister Junglas, Oberbürgermeister Schnorbach und zahlreichen Vertretern des Staates und der Stadt eine Protestkundgebung gegen die Verurteilung des Kardinals Mindszenty. Justiz- und Kultusminister Dr. Süsterhenn (CDU) setzte sich in seiner Rede mit der Vergottung des Staates auseinander. Er wies auf die Herrschaftsansprüche des Staates in Gewissens- und Religionsfreiheit hin, die in den verschiedenen Staaten, zuletzt auch in Deutschland, zur Unterdrückung der Menschenrechte geführt hätten. Der gleiche Kampf, der heute in Ungarn geführt würde, sei auch bereits in Deutschland durch den Nationalsozialismus geführt worden, Kardinal Mindszenty sei verurteilt worden, weil er unerschrocken für Freiheit und Recht eingetreten sei und das Elternrecht gefordert habe. Seit der Christenverfolgung sei der Kampf um Naturrecht und Gewissensfreiheit der Kernpunkt aller Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat. Auch in Bonn gehe es um das Recht der freien Gewissensentscheidung. Nach Dankesworten von Prälat Homscheid betonte Ministerpräsident Altmeier, daß es keine Frage gebe, ganz gleich ob politisch, wirtschaftlich oder sozial, die ohne das Christentum gelöst werden könne.

Die Versammlung nahm zwei Entschlüsse an, eine an den Parlamentarischen Rat mit der Forderung, das Elternrecht im Grundgesetz zu verankern, eine weitere an Kardinal Frings, in der der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß der Kardinal sich mit allen Kräften für die Forderungen des christlichen Volkes einsetzen möge.

=====

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.  
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065  
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., III/49/600.  
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.

=====